

„Gegen den Krieg und Aufrüstung“

Die Bezirkskonferenz verurteilt den völkerrechtswidrigen Krieg Wladimir Putins, fordert die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine.

Leider ist in der öffentlichen Debatte häufig der Eindruck entstanden, dass Waffen das einzig richtige Mittel zur Unterstützung der Bevölkerung in der Ukraine seien. Konflikte dieser Art einzig militärisch lösen zu wollen, führt jedoch in den Abgrund.

Zudem hat der öffentliche, demokratische Diskurs sowohl über Waffenlieferungen, als auch über die Konsequenzen in der und für die Bundesrepublik kaum stattgefunden, obwohl gerade das mehr als nötig war und ist. Denn gerade dazu brauchen wir Analyse und eine breite Debatte.

Umfragen haben gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert sind. Bei der Frage nach der Lieferung von schweren Waffen, haben sich 45% dafür und 45% dagegen ausgesprochen (Umfrage infratest dimap für den ARD DeutschlandTrend im April 2022).

Die Gewerkschaftsbewegung war und ist dem Frieden, der Abrüstung und der Völkerverständigung verpflichtet, wie es in § 2 der Satzung der IG Metall unter Aufgaben und Zielen benannt wird.

Auf den letzten Gewerkschaftstag im Oktober 2019 heißt es dazu in der EntschlieÙung 2 *“Als Einheitsgewerkschaft organisiert die IG Metall Menschen, die sich in ihren politischen Positionen und Perspektiven unterscheiden. Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen.“*

Wir nehmen diese Ziele ernst, daher lehnt die Bezirkskonferenz das am 03. Juni 2022 beschlossene „Sondervermögen Bundeswehr“ ab. 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr, die Erreichung des sogenannten 2 % BIP-Ziels der NATO und die nukleare Teilhabe Deutschlands sind der falsche Weg.

Schon heute liegt der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik bei rund 50 Mrd. € jährlich. Es muss aufgeklärt werden, warum trotzdem der Zustand der Bundeswehr die Erfüllung des grundgesetzlichen Auftrages in Frage stellt. Die Beschlüsse werden auch kein Mehr an Abschreckung bedeuten, denn schon heute übersteigen die Ausgaben der NATO-Mitgliedstaaten (natürlich noch ohne Schweden und Finnland) die Ausgaben Russlands für Militär um ein Vielfaches. Deutschland darf sich nicht mit falschen Entscheidungen auf den Weg einer militaristischen Konfrontation und einer möglichen Hochrüstungsspirale begeben. Was wir jedoch brauchen, sind Strategien für Lösungen am Verhandlungstisch, Deeskalation und neue Initiativen für Abrüstung.

Es kann außerdem nicht sein, dass nun, grundgesetzlich abgesichert, in erheblichem Maße Schulden aufgenommen werden, um Waffen zu kaufen, während seit Jahren aufgrund der Schuldenbremse wichtige Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Sozialstaat, Bildungs- und Gesundheitswesen (trotz Corona-Krise) und den ökologischen Umbau der Wirtschaft unterlassen werden. Schon jetzt sind die Mittel knapp, nicht zuletzt auch aufgrund fehlender Vermögenssteuer und es wird darüber verhandelt, welche Kürzungen hingenommen werden müssen. Mit der weiteren Verschuldung durch das Sondervermögen droht eine Verschärfung von Kürzungen in anderen Bereichen, die für unsere Mitglieder relevant sind. Das können wir nicht hinnehmen.

Weiterhin gibt es weltweit drängende Probleme, wie Klimakrise, Pandemien, Armut und ekaltante Verteilungsschieflagen. Um dies zu lösen ist gemeinsamer Dialog mit der gesamten Staatengemeinschaft wichtig und nicht mehr Waffen.

Um den demokratischen Diskurs zu unterstützen und die gewerkschaftliche Positionierung zu schärfen, wird die Bezirksleitung und der Vorstand der IG Metall aufgefordert, Debattenformate, Seminare und Veranstaltungsreihen zur Friedenpolitik anzubieten, die mit Blick auf den Gewerkschaftstag der IG Metall 2023, unterschiedliche Facetten von Konflikten und Lösungsmöglichkeiten betrachten und Argumentationshilfen zur Verfügung zu stellen, um der militärischen Rhetorik eine friedenspolitische Haltung entgegenzustellen. Damit soll die Arbeit zu diesem Thema in den Geschäftsstellen unterstützt werden.